

Die Menschen unmittelbar an der Nordseeküste und auf den vorgelagerten Inseln lagen seit eh und je im immerwährenden Kampf gegen das nasse Element. Sie haben in Generationen Deiche gebaut und verstärkt. Für sie gehört es zum Alltag, Mühe und Geld für den Schutz ihrer Dörfer und Höfe aufzuwenden. Allein aber können sie diese Aufgabe nicht bewältigen. Sie brauchen Hilfe an Geld und Material und auch Arbeitskraft.



Heute weisen die Fachleute darauf hin, daß sie immer wieder vor Katastrophen wie der vom Wochenende gewarnt haben. Sie wußten, daß noch mehr getan werden mußte als bisher, um die Küstengebiete zu schützen. Die Katastrophe vom Wochenende hat ihnen recht gegeben. Seit April 1955 gibt es den „Deutschen Küstenplan“. Er sah vor, daß bis 1964 von den 1600 Kilometern Deichen an der Nordseeküste 1100 km verstärkt werden sollten. Noch vor Beendigung dieser Arbeiten schlug die See zu und bewies tragisch, daß das Notwendige offenbar nicht rechtzeitig getan worden ist.

Es mutet wie bitterer Hohn an, wenn der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bürgermeister von Westerland, Dr. Tamble, am Sonnabend erklären mußte, daß die Bundesregierung im Haushalt 1962 den Etat für den Küstenschutz ausdrücklich zu den „kürzungsfähigen Ausgaben“ rechnete. Es wird Aufgabe der nächsten Tage sein zu prüfen, wie den unmittelbar Betroffenen wenigstens die schwere Last der materiellen Verluste erleichtert werden kann.



Hier wie beim Küstenschutz handelt es sich um echte Gemeinschaftsaufgaben, auf die schon in der Vergangenheit oft allzuwenig Aufmerksamkeit gerichtet worden ist. Die Kräfte, die diesen Staat regieren, haben nun eine betrübliche Chance, zu beweisen, daß sie solche Gemeinschaftsaufgaben kraftvoll zu lösen vermögen. Die Regierung der Bundesrepublik hat Milliarden aufgewandt, um die Bevölkerung vor Gefahren politischer Natur zu bewahren. Und nun ist die Millionenstadt Hamburg nicht etwa durch eine Katastrophe kriegerischer Art betroffen worden, diese Stadt, die schon im zweiten Weltkrieg so Schweres durchgemacht hat. Die Natur selbst schlug zu. Aus den Ereignissen des Wochenendes werden alle beteiligten Stellen, nicht zuletzt in Bonn, ihre Lehren zu ziehen haben.



Die wichtigste Lehre ist die, daß es bei den Gegenmaßnahmen weder an gesetzlichen Voraussetzungen noch an menschlicher Einsatzbereitschaft gefehlt hat. Noch ehe amtliche Stellen vollen Ueberblick über das Ausmaß der Katastrophe besaßen, hatten Verbände und Organisationen ihre Maßnahmen eingeleitet und ihre Mitglieder mobilisiert. Die Gewerkschaften beispielsweise hatten sich bereits an Mitglieder und Funktionäre gewandt, noch ehe Stromversorgung, Telefon und Teile des Rundfunks ausgefallen waren.

Diese Woge spontaner Hilfsbereitschaft, das schnelle und reibungslose Zusammenspiel zwischen den Or-

Ort, nahe der französisch-schweizerischen Grenze, führten zur Paraphierung von vier Abkommen.

Die Unterzeichnung und damit die Verkündung der Waffenruhe wird für Ende dieser Woche erwartet, wenn sich die französischen und algerischen Unterhändler erneut zu einer dann offiziellen Konferenz in der Nähe von Paris treffen.

Vorher wird der Nationalrat der algerischen Revolution, das höchste Gremium der Aufstandsbewegung, darüber entscheiden, ob ihm die von den Geheimverhandlungen mitgebrachten Bedingungen für einen Waffenstillstand

ausreichen. Das „Parlament“ der algerischen Aufständischen wird voraussichtlich heute in der libyschen Hauptstadt Tripolis zusammentreten.

Je etwa 100 000 französische Soldaten werden seit dem Wochenende im Gebiet von Algier und von Oran zusammengezogen. Sie sollen Zusammenstöße zwischen Europäern und Algeriern verhindern, mit denen die französischen Behörden bei der Verkündung des Waffenstillstands auf Grund

Brandt warnt die Sowjets

Die drei Hauptpunkte des Berlin-Plans

Bonn/Berlin. (RUNDSCHAU-Nachrichtendienst.) Die Sowjets haben am Sonnabend die Kette von Versuchen zur Störung des Flugverkehrs zwischen Berlin und der Bundesrepublik offenbar nicht fortgesetzt. Die Flugleitungen der Berliner Flughäfen meldeten keine Zwischenfälle.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, warnte in einem Bericht vor dem SPD-Parteivorstand in Bonn die Sowjetunion davor, den Nervenkrieg in den Luftkorridoren fortzusetzen. Er äußerte sich skeptisch zu Informationen, daß die „Übungen“ sowjetischer Maschinen in den Luftschneisen unterbleiben sollten.

In seinem Bericht vor dem SPD-Vorstand erklärte Brandt, für die Ber-

Brandt stellte fest, daß der Schock des 13. August in Berlin nahezu überwunden sei. Die Abwanderung aus Westberlin lasse nach, der Handel Berlins mit der Bundesrepublik entwickle sich positiv.

Die Sowjetunion hat die Proteste der drei Westmächte gegen Störversuche sowjetischer Flugzeuge in den Luftkorridoren zwischen der Bundesrepublik und Westberlin zurückgewiesen. Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums teilte gestern abend in Washington mit, die sowjetische Antwortnote werde noch geprüft.

„Hilfstruppen“

Bonn. (AP.) Gegen die Erweiterung des Werbefernsehens hat die „Aktion Jugendschutz“ am Sonnabend erste Bedenken angemeldet. „Die kleinen Trickfilme sind vor allem für Kinder anziehend. Kinder beherrschen die Werbeslogans wie gängige Schlagertexte.“, erklärte die „Aktion Jugendschutz“.



lin-Politik werde es entscheidend sein, ob man die Bemühungen um Berlin nicht nur als eine Angelegenheit der westlichen Schutzmächte betrachte. Die Bundesrepublik müsse sich in gleicher Weise um die deutsche Hauptstadt bemühen.

Nach den Angaben des Bürgermeisters wird der sogenannte Berlin-Plan drei Hauptpunkte enthalten: 1. Berlin noch stärker zu einem modernen Industriezentrum auszubauen, es 2. zu einer Hochschulstadt und einer Stadt der kulturellen Entfaltung auf allen Gebieten zu machen und 3. Berlin zum Zentrum der pädagogischen und kulturellen Arbeit in der Entwicklungshilfe auszubauen.

Parteitag der

Der SPD-Vorstand beriet

Bonn. (Eigenbericht.) Der SPD-Vorstand des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer und der demokratischen Partei Deutschlands für den 26.

Zu dem Parteitag werden rund 1200 Teilnehmer erscheinen. Als Hauptreferate sind vorgesehen: der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer zum Thema „Heute für morgen“, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zum Thema „Wer rastet, der rostet“, der schwedische Sozialminister Nielsson, der als erster ausländischer Sozialdemokrat auf dem Parteitag der SPD spricht, zum Thema „Gesunde Menschen im gesunden Staat“, das SPD-Präsidialmitglied Dr. Deist zum Thema

DER BILDSCHIRM: VO

Aenderung und Improvisation

(Erstes Programm)

Die wegen der Hochwasserkata-

Heute im ersten Programm

10.00 Für die Zone, 16.30 Nordische Winterspiele der Deutschen Ski-Jugend, 17.00 Kinderstunde, 18.40 Hier und